



Datum: 16.11.2023

Kreishaushalt 2024 – die wichtigsten Positionen

In der Serie zu den wichtigsten Positionen des Kreishaushalts 2024 wurden bereits die Kreisumlage, die Verschuldung und die größten Investitionen sowie der Sozialhaushalt vorgestellt. Heute wird zum Abschluss der Artikelserie die Gesundheitsversorgung im Landkreis in den Mittelpunkt gestellt.

„Die Krankenhausfinanzierung ist ein Trauerspiel. Die Bundesregierung lässt die Krankenhäuser gegen die Wand fahren. Was die Krankenhausreform bringen wird, wissen wir noch nicht so genau. Fest steht aber, dass die bis dahin auflaufenden Defizite gewaltig sein werden. Das aktuelle Defizit aller Krankenhäuser in Deutschland beträgt sage und schreibe 8,9 Milliarden Euro und nimmt um 572.000 Euro pro Stunde zu. Wie sollen bisher entstandene und künftige Energie- und Sachkostensteigerungen von deutlich über 10 % und nächstes Jahr Personalkostensteigerungen nochmals über 10 % mit nur 4 % Erlössteigerung finanziert werden? Ohne Inflationsausgleich kommen die Krankenhäuser nicht aus dem Defizit. Will Minister Lauterbach den kalten Strukturwandel? Wer sein Krankenhaus behalten will, muss immer höher werdende Defizite tragen. Das ist Sprengstoff für die kommunalen Haushalte“, machte der Landrat in seiner Haushaltsrede deutlich.

„Wir haben uns schon fast an das Defizit für das Klinikum Crailsheim gewöhnt. Aber nicht an einen Anstieg auf 8,9 Mio. Euro und mehr, wenn aus Berlin weiterhin nichts kommt und der Landesbasisfallwert weiterhin die Preissteigerungen nicht ausgleicht. Die Schere zwischen Erlösen und Aufwand wird dann immer weiter auseinandergehen. Auch das Diakonie-Klinikum in Schwäbisch Hall kämpft mit diesen Schwierigkeiten. Klar ist für mich: Wir brauchen zwei Krankenhäuser im Landkreis mit Notfallversorgung rund um die Uhr. Sonst kann in unserem Flächenlandkreis der Rettungsdienst nicht mehr mit den gesetzlich vorgegebenen Hilfsfristen gewährleistet werden“, warnte Landrat Gerhard Bauer.

„Nicht nur die stationäre Gesundheitsversorgung ist gefährdet. Auch die ambulante Versorgung kommt immer mehr ins Schwanken. Wir werden erleben, dass weitere Allgemeinarztpraxen schließen. Die ärztliche Versorgung wird immer schwieriger. Wann erkennt die Bundesregierung, dass die Gesundheitspolitik so nicht funktionieren kann? Wir brauchen Reformen, aber wir brauchen vorher einen Gesundheitspakt, mit dem die Finanzierung unseres Gesundheitssystems abgesichert und ein planloser kalter Strukturwandel verhindert wird“, betonte Landrat Gerhard Bauer.